

# Das neue deutsche Geschichtsbild

Von Hellmut Diwald

Vortrag, gehalten 1991 bei der SWG



Bemerkungen zu einem neuen deutschen Geschichtsbild könnten auf den ersten Blick wie eine modische Parallele zu den umstürzenden Entwicklungen der letzten zwei Jahre erscheinen, oder zumindest als Konsequenz einer veränderten historischen Situation. Ein solcher Eindruck wäre zwar nicht völlig falsch, aber er würde am Kern der Sache vorbeigehen. Richtig ist, daß die Notwendigkeit, Überlegungen zu einem neuen Geschichtsbild anzustellen, seit den Jahren 1989/1990 dringlicher geworden ist, als jemals seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges 1945. Ebenso richtig aber ist es, daß solche Überlegungen schon seit Jahren überfällig sind, also ganz unabhängig von irgendeiner aktuellen Entwicklung in Deutschland oder Europa.

Was ist ein Geschichtsbild? Eine der kürzesten Formeln dafür lautet: die Gesamtheit der Vorstellungen, die jemand von der Geschichte hat. Dabei kann es sich um die Geschichte des eigenen Volkes handeln, und das heißt mit Rücksicht auf die letzten eineinhalb Jahrhunderte: um die Nationalgeschichte. Es kann aber auch eine bestimmte Vorstellung vom Ablauf der Weltgeschichte sein, zum Beispiel das Schema des christlichen Entwurfs vom Weltenverlauf, wie es der Heilige Augustinus vier Jahrhunderte nach Christus entwickelt hat.

Oder das organologische Schema des Blühens, Reifens und Verfallens von Weltkulturen, das von Oswald Spengler seinem „Untergang des Abendlandes“ zugrunde gelegt worden ist. Man kann die erwähnte „Gesamtheit der Vorstellungen“, die ein Geschichtsbild ausmacht, noch weit genauer umreißen. Ein Geschichtsbild kann nämlich auch derjenige haben, der nichts von der mühseligen, den Kreislauf belastenden Art der Geschichtsforschung kennt, wie sie an den Universitäten betrieben wird.

Das heißt: Das Geschichtsbild eines derart erfreulich unbefangenen Menschen ist vor- oder unwissenschaftlich, wenn man die Forderungen der heutigen Geschichtswissenschaft und ihr Pochen auf Mindestforderungen der Genauigkeit zum Maßstab nimmt. Im Unterschied dazu gibt es Geschichtsbilder, die den Anspruch erheben, wissenschaftlich begründet zu sein. Schließlich kennen wir nicht nur die Geschichtsbilder von Einzelpersonen, sondern auch diejenigen von Gruppen, Großgruppen, Völkern und Nationen.

## Die Rolle des Geschichtsbildes

Wie entsteht ein Geschichtsbild? Durch das Erzählen von historischen Ereignissen oder durch zusammenhängende Berichte vom Verlauf der Geschichte. Dabei spielt es eine wesentliche Rolle, wer von der Geschichte erzählt: Eltern, Verwandte, Schullehrer, Dozenten an den Universitäten, Politiker, Meinungsmacher der Medien oder wortkundige Sachbuchautoren. Ein Geschichtsbild entsteht immer auch auf Grund bestimmter Prägungen der jeweiligen Gegenwart.

Wer nach 1945 aus seiner Heimat ausgetrieben wurde, der wird wegen der persönlichen Erfahrung eines grauenhaften Abschnitts der Nachkriegsgeschichte ein anderes Geschichtsbild besitzen als etwa ein Rhein-Pfälzer, dem möglicherweise zur selben Zeit die Weinernte stärker interessierte als das Weinen derjenigen, die aus der Heimat gejagt wurden. Das ist wörtlich zu nehmen, denn der tschechische Staatspräsident Eduard Benesch hat damals die Vertreibung der Deutschen mit dem Satz kommentiert, daß sie nichts anderes mitnehmen dürfen als ein Taschentuch zum Hineinweinen. Geschichtsbilder können also in einem beträchtlichen Ausmaß selbst das Ergebnis der Geschichte, eines Geschichtsprozesses sein. Sie hängen in einem solchen Fall wesentlich vom Gegenwartsbewußtsein des einzelnen oder der Völker ab. Zu den Grundelementen eines Geschichtsbildes gehört deshalb auch die historische Selbsteinschätzung, das politische Selbstverständnis, gehören aber auch die Motive des Verhaltens und Handelns und ebenso die Rechtfertigung, die man für die Gesamtheit der Zielsetzungen zur Verfügung hat.

Die Situation des Geschichtsunterrichts in Deutschland ist seit Jahrzehnten kurios. Daran haben wir uns so sehr gewöhnt, daß wir die gegensätzlichen Meinungen des Für und Widers hinsichtlich eines Geschichtsbildes als Normalzustand ansehen und sogar behaupten, es würde sich um das Nonplusultra einer wissenschaftlichen Erkenntnis handeln. Nach 1945 setzte ein offiziell verordnetes Bemühen um „Revision des Geschichtsbildes“ ein. Gerhard Ritter, damals der große alte Mann der deutschen Geschichtsforschung, skizzierte 1948 den Bedarf mit dem Satz: „In solcher Lage wird das Bemühen deutscher Historiker um eine nüchterne, gründliche, nach beiden Seiten vorurteilsfreie Revision des herkömmlichen deutschen Geschichtsbildes zu einer unmittelbar politischen Pflicht.“

Mit diesem Satz wurde einerseits das bis 1945 gültige Geschichtsbild verworfen, dasselbe Geschichtsbild im übrigen, für das dieselben Historiker mitverantwortlich zeichneten, die nunmehr die Ärmel für seine Revision aufkrepelten, allen voran Gerhard Ritter selbst. Andererseits lag in dem Wort Revision keineswegs die Intention beschlossen, die Gültigkeit eines allgemeinen Geschichtsbildes überhaupt zu verwerfen. Trotzdem wurde von maßgeblicher Seite diese Revision bis zur völligen Ablehnung eines Geschichtsbildes vorangetrieben. Das gehörte zu dem Klima nach 1945. Es war die günstigste Zeit für die charakterlich besonders Elastischen, sich der Steigbügel des Wohlwollens der Siegeralliierten zu bedienen. Diese Leute haben die Kunst entwickelt, die schrecklichste Havarie unserer Geschichte zu einer Landung an den Gefilden der Seligen umzudeuten. Dazu aber war es unerlässlich, die Verbindlichkeit eines allgemeinen Geschichtsbildes zu bestreiten.

Dieser Verwirrung in Westdeutschland gegenüber war die frühere DDR von Anfang an stolz auf ihr „neues, fortschrittliches Geschichtsbild“. Da gab es kein Wenn und Aber, da gab es keine Zweifel im Unterricht und an den Universitäten. Im Staat der SED wurde das in sich geschlossene marxistisch-leninistische Geschichtsbild vermittelt. In Österreich schließlich, dem dritten deutschen Staatsgebilde, waren nach 1945 die offiziellen Repräsentanten ebenso eifrig wie erfolglos darum bemüht, eine eigene österreichische „Nation“ mit einem entsprechenden Geschichtsbild zu konstruieren. Für den notwendigen Kurs war in den fünfziger Jahren die Feststellung des damaligen Bundeskanzlers Leopold Figl hilfreich: „Wir Österreicher sind ein Volk keltisch-hunnischer Abstammung, dem von seinen germanischen Eroberern eine fremde Sprache aufgezwungen worden ist.“

### **Geschichtsschreibung ein Politikum**

Auf das marxistische Geschichtsbild muß in der heutigen Situation der Deutschen nicht näher eingegangen werden. Erheblich interessanter ist das Durcheinander in Sachen Geschichtsbild, das in den letzten fünf Jahrzehnten in Deutschland geherrscht hat. Wie gesagt: Offiziell war bei uns, also in erster Linie im Geschichtsunterricht, ein allgemein verbindliches Geschichtsbild verpönt. Andererseits wurde in den Rahmenrichtlinien der Kultusminister als Ziel des Geschichtsunterrichts trotzdem ein geschichtliches „Gesamtbild“, also ein Geschichtsbild anvisiert. Drittens schließlich hat es für niemanden, der sich mit diesem Thema befaßt hat, den geringsten Zweifel daran gegeben, daß trotz aller anarchischen Freudigkeit der Schulen, den Unterricht an ein jeweils eigenes Schulgeschichtsbuch zu binden, das sich von denen der Nachbarschulen unterschied, in Westdeutschland ein bestimmtes Geschichtsbild vermittelt wurde.

Geschichtsschreibung und Geschichtsunterricht sind heute ein Politikum. Sie sind es nicht von sich aus, also ihrem Wesen nach. Das heißt auch, daß vor allem die Historiographie nicht unweigerlich in politischen Diensten stehen muß, obwohl gerade sie mit besonderer Vorliebe in Dienst genommen wird.

Denn keine wissenschaftliche Disziplin läßt sich leichter in Dienst nehmen und manipulieren als die Geschichtswissenschaft. In den letzten einhundertfünfzig Jahren haben in Deutschland die politischen Systeme wiederholt gewechselt. Das nationale Erwachen der Völker hatte im achtzehnten und neunzehnten Jahrhundert der Geschichte ein außerordentliches Gewicht gesichert. Die Geschichte wurde als ein unüberbietbarer Garant und Beweis des Selbstwertes, der überragenden Eigenständigkeit jedes Volkes gewertet. Auf diese Weise entstanden die jeweiligen nationalen Geschichtsbilder. Sie lieferten auch die maßgebliche Rechtfertigung für das politische Selbstbewußtsein der Menschen und Völker.

Die national ausgerichteten Geschichtsbilder differenzierten sich noch zusätzlich in verschiedene Formen, in konfessionelle, konservative, nationalliberale oder sozialistische Geschichtsbilder. Der erwähnte Wechsel der politischen Systeme hat uns Deutschen nun nicht nur vier unterschiedliche Regierungsformen beschert, sondern auch entsprechende Geschichtsbilder. Wir hatten bis 1918 die Monarchie, dann folgte die liberalste Demokratie, die wir kennen, nämlich die Weimarer Republik. Sie wurde abgelöst von den zwölf Jahren

des Nationalsozialismus und seinem Geschichtsbild. Anschließend herrschten vier Jahrzehnte lang, von 1949 bis 1989, in West- und Mitteldeutschland unterschiedliche Regierungssysteme und gegensätzliche Geschichtsbilder. In Österreich schließlich wußte jeder normal Denkende, daß die Suche nach einem österreichischen Geschichtsbild, das auf einer eigenen Identität außerhalb der tausendjährigen Geschichte der Deutschen beruhen könnte, auf nichts anderes hinauslief, als die Narrenkappe eines Selbstbetrugs mit einer Königskrone zu verwechseln.

### **Wissenschaftliche Objektivität fraglich**

Nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches war es also keineswegs vorbei mit den indoktrinierten und indoktrinierenden Geschichtsbildern. Denn auch das demokratische Staatsgebilde in Westdeutschland verzichtete nicht darauf, im Geschichtsunterricht das parlamentarisch-demokratische System als höchstes historisches Ziel des fortschrittlichen Strebens nach der besten Lebensform zu propagieren. Daß der Staat über die Hebel der Kultusministerien seinem Einfluß die Wege bahnt, liegt zweifellos in seinem Interesse.

Ob sich aber dieses Interesse der wissenschaftlichen Objektivität - und sagen wir ruhig: der Wahrheit unterordnet, ist eine ganz andere Frage. Der Wechsel der Staatsformen bedeutete keinen totalen Wechsel der Geschichtsbilder, sieht man einmal vom marxistisch-leninistischen ab. Bei der jeweiligen Umwertung der historischen Sicht blieben zahlreiche Elemente der Geschichtsbilder, die bis dahin gültig waren, erhalten; sie wurden übernommen oder nur leicht variiert. Anderes wiederum wurde verworfen oder bewußt ausgeblendet. Am charakteristischsten dafür ist bei uns das nahezu völlige Versacken der spätmittelalterlichen Ostkolonisation ins Niemandsland des Vergessens nach 1945. Wenn sie überhaupt erwähnt wurde, dann im Zeichen eines „frühdeutschen Imperialismus“ und krimineller Expansionsgelüste. Generell muß man sagen, daß der Umwertung der Geschichtsbilder ein breites Spektrum fließender Manipulation zugrunde liegt. Das reicht von belanglos scheinenden Subjektivismen über verbogene, schiefe und verzerrte Darstellungen bis zu bewußter Falschmünzerei und krassen Lügen. Wer sich die Mühe macht, dieselben Personen oder Prozesse der Geschichte in ihrer Bewertung durch west- und mitteldeutsche Historiker in den Zeiten des SEDRegimes zu vergleichen, dem bleibt das Kopfschütteln nicht erspart. Und sofern er das Geschäft der Geschichte ernst nimmt, hat er alle Hände voll zu tun, um nicht tiefen Depressionen zu erliegen.

### **Feststellung von Tatsachen**

Gründliche Geschichtsforschung pocht auch heute noch darauf, daß aller Anfang der Historiographie auf der Feststellung von Tatsachen beruht. Diejenigen Sprecher, die sich der politisch geprägten Volkspädagogik verschrieben haben, geben den Tatsachen einen anderen Stellenwert. Wenn überhaupt, dann dienen ihnen die Tatsachen nur dazu, sie zu manipulieren. Sie erwecken bewußt den Anschein, als wäre die Entstellung genauso korrekt wie die Unumstößlichkeit der Tatsachen. Die beste Aussicht auf Erfolg besteht dabei in dem Verfahren, Informationen zu unterschlagen oder den Zugang zu ihnen einfach zu blockieren. Es gibt bei uns in Deutschland ein Gesetz, das es aus Gründen einer befürchteten Volksverhetzung untersagt, den wesentlichsten aller Schuldsprüche, der auf den Deutschen

lastet - nämlich den Komplex der Konzentrationslager und Judenverfolgung - auch nur in der Fragestellung aufzugreifen. Wer dagegen verstößt, der riskiert es, aus der Sphäre der garantierten wissenschaftlichen Forschungsfreiheit in die existenzbedrohende Sphäre der Gerichte zu geraten.

Für das Verzerren des Geschichtsbildes gibt es bei uns wahre Sturzbäche von Beispielen. Am deprimierendsten sind diejenigen, bei denen sich die Vorherrschaft politischer Opportunität zeigt, zum Beispiel bei den deutsch-polnischen Schulbuchgesprächen eingangs der siebziger Jahre. Wegen der Ostpolitik der sozialliberalen Regierung in Bonn wurde das geheime Zusatzprotokoll des Hitler-Stalin-Paktes 1939 über die Teilung Polens ausgeklammert. Ebenso unterdrückte man die Ermordung der polnischen Offiziere in Katyn durch die Sowjets. Offiziell wurde dieses Verbrechen von Polen ohnehin noch immer den Deutschen angelastet. Die Schulbuchempfehlungen waren, wie ein deutscher Mitarbeiter wörtlich konstatierte, ein „Ausdruck politischen Willens, nicht aber wissenschaftlicher Erkenntnisse“. Interessant an diesen und den vielen anderen Beispielen, die man fast endlos aneinanderreihen könnte, ist nicht nur die unterschiedliche Sicht der Deutschen und der Polen. Nicht weniger interessant ist die Voraussetzung, die für die Gesprächspartner der Schulbuch-Kommission als selbstverständlich angenommen wurde: daß man sich - man muß sagen absurderweise - auf ein gemeinsames Geschichtsbild einigen könnte. Was übrigens nichts anderes heißt, als daß die Notwendigkeit eines solchen Geschichtsbildes anerkannt und als unerlässlich eingeschätzt wurde.

Lassen wir einmal sämtliche Varianten beiseite, die sich in den Geschichtsbildern der deutschen Schulbücher und bei unseren Geschichtswissenschaftlern nachweisen lassen. Sehr viel einfacher ist es nämlich, klarzustellen, worin diese Geschichtsbilder übereinstimmen. Da entsteht, in groben Zügen, etwa folgendes Bild: Ein erster, grundsätzlich verbindlicher Rahmen wurde nach 1945 von den Siegeralliierten durch das Prinzip der Umerziehung der Deutschen abgesteckt. Unsere gesamte Geschichte bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs wurde zu einem Irrweg erklärt. Diesem Urteilsspruch gliederte sich die erwähnte „Revision des Geschichtsbildes“ unmittelbar nach 1945 ein. Seitdem stampfen wir Deutschen vor allem im offiziellen und öffentlichen Bereich geduldig, mit der melancholischen Schwermut von Rindern, über die von den Siegern vorgezeichneten Wege unserer Geschichte. Hauptkategorie war dabei das Wort von der deutschen Schuld, der Kollektivschuld oder Erbschuld. Die Geschichtsschreibung legt sich aber selbst den Strick um den Hals, wenn sie sich dem Diktat moralischer Richtweisung beugt. Wenn überhaupt, dann sind Werturteile erst nach der faktenbezogenen Klarstellung der Sachverhalte auf Grund zuverlässiger Informationen am Platz. Deshalb hat auch eine Kategorie wie diejenige von der „Ewigen Schuld“ Deutschlands und der Deutschen im neuen Geschichtsbild nichts zu suchen. Michael Wolffsohn hat dies jüngst auf die kürzeste Formel gebracht: „Schuld wird nicht durch Gene vererbt.“

### **Historie muß Sachlichkeit aufweisen**

Das zwingt zu erheblichen Konsequenzen sowohl für das neue Geschichtsbild als auch für das Verhalten in der aktuellen Politik; sie stellen sich im übrigen zwangsläufig ein. Mit der Politik im Büßergewand, für die Kanzler Brandt und die sozialliberale Koalition der siebziger Jahre

ein unvergeßliches Beispiel oder vielmehr Schauspiel geliefert hat, ist es ein für allemal vorbei. Das hat nichts mit einer Verniedlichung der Geschehnisse vor einem Halbjahrhundert zu tun. Es hat mit der Sachlichkeit historischer Arbeit zu tun.

Die Experten im Auffinden deutscher Untugend gingen in ihrem Eifer so weit, daß sie die Geschehnisse, die sie anprangerten, allein schon deshalb begrüßt und notfalls auch konstruiert und erfunden haben, um sie verdammen zu können. Wie sollte man anders die vielen Fälschungen und Lügen erklären, die sich in unserer Zeitgeschichtsforschung finden? Auf der Krimkonferenz in Jalta im Februar 1945 bezifferte Stalin die sowjetischen Kriegstoten mit fünf Millionen. Ein knappes Jahr später, im Nürnberger Prozeß, wurde diese Zahl von den Russen auf sieben Millionen erhöht.

Kurze Zeit später galt dann plötzlich die Zahl von zwanzig Millionen Toten als verbindlich; sie wurde immer wieder genannt. Bis heute ist der Verdacht nicht beseitigt, daß dabei - wenn diese Ziffer wirklich zutreffen sollte - die von der sowjetischen Führung in den dreißiger Jahren ermordeten Russen dazugezählt wurden. In deutschen Schulbüchern finden sich im übrigen noch höhere Zahlen, und dies unbeschadet der Tatsache, daß inzwischen in sowjetischen Veröffentlichungen die Statistik der Kriegsverluste erneut um viele Millionen gesenkt wurde.

### **Deutsch-polnisches Verhältnis konfus**

Ein anderes Beispiel ist charakteristisch für unser zutiefst konfuses Verhältnis zu den Polen. Die Zeit der deutschen Besetzung Polens im Zweiten Weltkrieg wurde zum Teil zu Recht und zum Teil aus eindeutig politischen Gründen, die im wesentlichen mit der beabsichtigten Annexion der deutschen Gebiete jenseits der Oder und Neiße zusammenhängen, als Jahre der schlimmsten Greuel geschildert. Selbst die Ermordung der polnischen Offiziere in Katyn wurde, wie gesagt, von offizieller polnischer Seite wider besseres Wissen den Deutschen angelastet. Dabei wurde aber das Schicksal der achtzehntausend polnischen Offiziere, die in deutsche Kriegsgefangenschaft geraten waren, vollständig unterschlagen.

Ihre Behandlung hielt sich nicht nur im allgemeinen korrekt an die Bestimmungen der Genfer Konvention über die Kriegsgefangenen, sondern ging beträchtlich darüber hinaus. Den polnischen Offizieren wurde sogar gestattet, eigene Lager-Universitäten einzurichten und sich auf diese Weise fortzubilden, und zwar bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs. Alfred Schickel von der „Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt“ hat die deutsche Öffentlichkeit durch seine Arbeiten als erster wieder an diese Tatsachen erinnert. Er schreibt unter anderem: „Zu den nachmalig prominenten Dozenten dieser Hochschulen gehörte auch der spätere polnische Außenminister Adam Rapacki, der seinen Kameraden im Offizierslager Dössel (bei Warburg/Westfalen) schon damals seine Vorstellungen von einem künftigen sozialistischen Volkspolen vortrug.“

Die Sowjetführung hatte beabsichtigt, durch Ermordung der polnischen Offiziere die polnische Elite möglichst auszurotten. Daß dies nicht gelang, ist im wesentlichen der Behandlung der kriegsgefangenen Offiziere durch Deutschland zu verdanken. Ein polnischer

Kapitänleutnant, der vom Alltag des Lagerlebens in den zwölf deutschen Offizierslagern für die Polen berichtet und die Universitäten, Sportplätze, Bibliotheken, Orchester und Prozessionen über die großzügigen Lagergelände an hohen kirchlichen Feiertagen erwähnt hatte, faßte das Ergebnis in dem Satz zusammen: „Wir sollten der göttlichen Vorsehung dankbar dafür sein, daß wir nicht die Gefangenen der Russen waren.“ Anders gesagt: Polen hat das Überleben seiner Elite dem Deutschland des Dritten Reiches zu verdanken. Neben Außenminister Rapacki waren unter anderem auch der erste Verteidiger von Warschau, General Juliusz Römmel, Professor Wasilkowski, der Rektor der Warschauer Universität nach dem Krieg und General Tadeusz Bör-Komorowski, der den Warschauer Aufstand geleitet hatte, in deutschen Kriegsgefangenenlagern. Sie bestätigten ebenfalls die erstaunlich zuvorkommende Behandlung. Hitler hatte übrigens eigens angeordnet, General Bör-Komorowski auf Grund seiner Tapferkeit wie einen Ehrengefangenen zu respektieren. Warum erwähnt diese Tatsachen kein einziges deutsches Geschichtsbuch?

Werte, Normen, Beziehungsmarken oder wie man die Koordinaten nennen will, die für den einzelnen unerlässlich sind, wenn er nicht fähig ist, allein mit seinen An- und Ausfällen des Ichs fertigzuwerden, mit seinem eigenen Ungenügen oder gar seiner inneren Leere, die er entweder sinnvoll oder in mehr oder minder geschmackvoller Weise zu füllen versucht, hinsichtlich dieser Koordinaten also beruft sich der parlamentarisch-demokratische Staat auf die Wahrung der Freiheit der Person, auf seine Liberalität und lehnt es deshalb ab, inhaltlich etwas zu den „Werten“ zu sagen. Seine Zurückhaltung, die er als „Toleranz“ ausschildert, ist so entschieden, daß er sich dem Verdacht aussetzt, er sei der Meinung, es gäbe solche Werte, Normen, Beziehungsmarken nur in den Gebetbüchern und Anthologien von „Spruchweisheiten der Völker“. Die intensivste Verbindung zwischen dem Staat und dem Bürger bildet in Deutschland die Steuergesetzgebung, der Wehrdienst und die Straßenverkehrsordnung.

Was wir von der Geschichte wissen müssen, ist sicherlich nicht dazu da, um unsere Selbstgefälligkeit zu hätscheln. In diesem Punkt haben wir den Nationalstolz des neunzehnten Jahrhunderts hinter uns. Geschichtsschreibung heißt also auch nicht, Erinnerungen nachzuträumen, die wir gerne gehabt hätten.

### **Selbstgeißelung in der Historie**

Gerade deshalb ist für das neue Geschichtsbild nichts wichtiger als der radikale Bruch mit dem Grundsatz der Selbstgeißelung in der historischen Arbeit. Das Flagellantentum ist uns seit Jahr und Tag von allen möglichen parteipolitischen Sprechern, von unseren Experten in der „Trauerarbeit“ und vom Bundespräsidialamt nahegelegt worden. In dieser Frage gibt es heute keine Vermittlung, keine Konzessionen. Hier ist in Zukunft nicht einmal ein Entweder-Oder möglich. Uns sollte dabei ein Mann wie Mahatma Gandhi einiges lehren, der doch als leibhaftige Verkörperung der Absage an Gewalt und Überheblichkeit gilt. Gandhi hatte festgestellt: „Ich sähe Indien lieber zu den Waffen greifen, als daß es ein hilfloser Zeuge seiner eigenen Entehrung würde und bliebe.“ Waren wir nicht seit 1945 lange genug Zeugen sowohl unserer eigenen Entehrung als auch einer beschämenden Selbstaufgabe?

Die verantwortlichen Politiker, die bei ihren Entschlüssen mit einer Vielzahl offener oder verkappter Pressionen fertigwerden müssen und deshalb genötigt sind, Kompromissen zuzustimmen, haben es schwerer als die Historiker. Gerade deshalb aber sind Historiker dazu verpflichtet, strikt zu trennen zwischen unumstößlichen Tatsachen und den Konsequenzen, die von den Politikern daraus gezogen werden - strikt zu trennen auch zwischen Recht und Politik, und das heißt zunächst einmal: dem Recht zur Objektivität. Wer diese beiden Bereiche nicht auseinanderhält, sondern miteinander vermischt, der verewigt die Manipulation der Geschichte.

### **Recht auf Selbstbestimmung**

Das Recht ist eine Richtmarke, die den Schwankungen und Wellenschlägen der Tagespolitik nicht ausgesetzt ist, die also auch unberührt bleibt von den wechselnden politischen Interessen. Damit unterliegt insbesondere das Völkerrecht und speziell das Recht der Selbstbestimmung weder dem Zugriff der Politiker, noch dem der Historiker. Nichts hat zur Zeit klarer bewiesen als der Golfkrieg und die geschlossene Ablehnung des irakischen Zugriffs auf Kuwait durch die Vereinten Nationen, daß am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts dem Völkerrecht mehr Gewicht zukommt als dem Raubgriff eines mächtigeren Staates. Daran haben sich auch die Historiker bei ihrer Arbeit zu halten, vor allem insofern sich das Recht auf die Gestaltung des Geschichtsbildes auswirkt - ebenso wie politisches Handeln heute den rechtlichen begründeten Notwendigkeiten unterliegt.

Was sich dabei möglicherweise abstrakt und allzu theoretisch gibt, das hat beachtliche Konsequenzen für die Bewertung der deutschen Situation nach der Zusammenführung West- und Mitteldeutschlands im Jahre 1990 - beachtliche Konsequenzen vor allem für die historische Bewertung der Abmachungen der „Zwei-plus-vier-Gespräche“, bei denen sich die deutschen Verhandlungspartner dazu nötigen ließen, auf die deutschen Ostgebiete und damit auf mehr als ein Viertel des Territoriums Deutschlands zu verzichten. Unter welchem Zwang dieser Regelung zugestimmt wurde, wird sich in den nächsten Jahren deutlicher herausstellen, als es zur Zeit der Fall ist. Auf unser Geschichtsbild wird dies jedoch weniger Auswirkungen haben, als im Augenblick zu befürchten ist. Dafür sorgt der Veränderungs- und Auflösungsprozeß der östlichen Staaten, der seit Jahren vor sich geht. Nicht ohne eine zart-ironische Genugtuung sind die Erfolge der baltischen Staaten zu begrüßen, die bis an den Rand der Existenzgefährdung auf ihr Recht auf Selbstbestimmung gepocht haben. Man sollte sich in diesem Zusammenhang an die geographische Lage dieser Gebiete erinnern: Der nördliche Teil Ostpreußens ist heute eine Enklave Sowjetrußlands geworden. Seine Zukunft ist zur Zeit völlig offen.

Kriege des zwanzigsten Jahrhunderts haben wiederholt die Grenzen verändert. Für den Historiker ist es nicht einfach, eindeutig die Frage zu entscheiden, ob sich etwa durch den Ausgang des Zweiten Weltkriegs Schlesien, Pommern und Ostpreußen nur dem Anspruch der Sieger nach in polnische und russische Erde verwandelt haben, oder ob das tatsächlich der Fall war. Rußland könnte sich darauf berufen, daß es durch das Zusatzabkommen des Hitler-Stalin-Paktes nur seine Gebiete jenseits von Bug und San zurückgeholt hat, die Polen während des Bürgerkrieges zwischen Weiß und Rot nach dem Ersten Weltkrieg



widerrechtlich an sich gerissen hatte. Stalin beharrte nach dem Zweiten Weltkrieg auf dem Gebietszuwachs, den er 1939 mit Hitler ausgehandelt hatte. Die deutschen Territorien jenseits der Oder-Neiße-Linie samt dem Süden Ostpreußens überließ er Polen als Kompensation. Polen besaß also nicht einmal den Schein eines Rechtsanspruchs. Dies um so weniger, als es sich vom SED-Staat schon 1950 im Görlitzer Abkommen den Raub der ostdeutschen Gebiete legalisieren ließ. Aus tagespolitischen Gründen mag man heute die Annexion von 114.000 Quadratkilometern deutschen Territoriums - das Sudetenland nicht mitgerechnet - als unvermeidlich ansehen. Der Historiker aber kann nicht umhin, diese politischen Gründe als einen der krassesten Verstöße gegen das Völkerrecht zu bezeichnen, den es in unserem Jahrhundert gegeben hat.

Vor dem Hintergrund des Golfkrieges heißt das: Die Kuwaitis erhielten zur Wahrung ihres Rechts die Waffenhilfe der Weltgemeinschaft; uns Deutschen wird dies vorenthalten. Die polnische und die sowjetische Regierung können sich zweifellos auf das Raubrecht der Sieger des Zweiten Weltkriegs berufen. Können wir Deutschen demgegenüber nicht nur die Geschichte bemühen, sondern auch das Völkerrecht? Beides ermächtigt uns auf jeden Fall dazu, unverändert von Ostpreußen, vom Memelland, vom ehemals deutschen Distrikt Danzig, von Pommern, Schlesien und den Sudetengebieten als von deutschen Gebieten, deutscher Erde zu sprechen. Nicht anders, als es die Südtiroler durch das ganze zwanzigste Jahrhundert beharrlich getan haben und sich darin bis heute durch keinerlei politischen Wetterwechsel haben beirren lassen - auch nicht davon, daß sie im Ringen um den Erhalt ihres Volkstums von deutschen Regierungen schmählich im Stich gelassen wurden.

### **Ostgebiete wieder deutlich sichtbar**

Diesen Tatsachen wird ein herausragender Stellenwert in unserem Geschichtsbild zukommen. Die Ostgebiete rücken sowohl in der historischen Sicht, als auch dank der veränderten Rolle Deutschlands auf Grund der neuen politischen Situation seit 1990 wieder ins Gesichtsfeld. Für Polen und die Tschechoslowakei wird es zu einer Frage von Sein oder Nichtsein, daß sie sich dem Prozeß der europäischen Einigung eingliedern. Welche Hürden und Barrieren dabei noch im Wege stehen mögen: er wird als Ganzes eine staatliche Lockerung und ständig zunehmende Möglichkeiten der Durchdringung mit sich bringen. Dieser Annäherungsprozeß wird im Praktischen die umfassende Gleichstellung sämtlicher europäischen Völker und Volksgruppen, sprich Minderheiten, bewirken.

Im Falle Polens und der Tschechoslowakei heißt das: Die Sieger des Zweiten Weltkrieges mögen in der Lage gewesen sein, uns entgegen dem Recht dazu zu nötigen, auf deutsche Gebiete zu verzichten. Sie konnten aber weder die Polen noch die Tschechen dazu zwingen, den in den annektierten Gebieten noch immer lebenden Deutschen ihren Status als Volksgruppenminderheiten, die auf Schutzrechte Anspruch haben, abzuerkennen. Seit 1990 nehmen in den Distrikten jenseits der Oder und Neiße die deutschen Volksgruppen ihre Rechte mit Nachdruck wieder wahr. Es handelt sich um dieselben Volksgruppen, die von der Warschauer Regierung und dem polnischen Klerus jahrzehntelang vehement als inexistent bezeichnet wurden.

## **Deutschland als Herzstück Europas**

In Westdeutschland hatte sich seit Bundeskanzler Adenauer eine fast vollständige Ausrichtung auf Westeuropa und die Vereinigten Staaten durchgesetzt. Die Entwicklung in der damaligen DDR und das Leben der siebzehn Millionen Deutschen jenseits von Elbe und Werra wurde weitestgehend ausgeblendet, zumal im Schulunterricht und der öffentlichen Information durch die Medien. Sendungen wie die TV-Reihe „Kennzeichen D“ dienten in erster Linie der Anprangerung des SED-Regimes. Das praktische Leben der Landsleute in Mitteldeutschland verschwand jedoch ins Nebelhafte. Selbst die geographischen Kenntnisse wurden schütter bis zum Lächerlichen. Im Zweifelsfall wußten unsere Schüler über Lyon oder Genf besser Bescheid als über Erfurt, Rostock, Halle, Dresden, Leipzig oder Frankfurt an der Oder. Die Wiederherstellung Deutschlands - wenn auch in der territorial kleinsten Form seiner Geschichte - hat schon jetzt eine außerordentliche Verlagerung der politischen Brennpunkte mit sich gebracht. Das bedeutet das Ende der Politik Westdeutschlands als vornehmliche Westbezogenheit, das bedeutet eine Korrektur der Schlagseite. Deutschland ist wieder die Mitte Europas. Damit verliert die Westorientierung ihre Grundlage, fällt auch die Begründung für die frühere Westbezogenheit, die von der CDU auf ihrem Wiesbadener Parteitag im Oktober 1972 mehr als deutlich formuliert wurde: „Wir haben unsere Zukunft endgültig auf den Vorrang der Politik der Vereinigung des freien Europa gesetzt.“

Vom „Westen“, der in den letzten Jahrzehnten so oft zitiert wurde, bleibt nicht viel übrig, wenn die Staaten Mittel- und Ostmitteleuropas genauso frei sind wie die Staaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Schon jetzt zeichnet sich ab, daß selbst das Industriegefälle und die Unterschiede des Bruttosozialprodukts nichts über das Schwergewicht aussagen, das dem neu formierten Europa zukommen wird. Und das neu formierte Europa wird das Europa der Geschichte sein, mit Deutschland als Rückgrat und Herzstück. Diese Tatsache bringt auch eine völlig neue Orientierung der Außenpolitik Deutschlands und damit ebenfalls eine Richtungskorrektur mit sich. Rußland und Deutschland werden ihre historische Partnerschaft, die durch das ganze neunzehnte Jahrhundert bestanden hatte, wiederbeleben. Unsere europäische Brückenfunktion zwischen Ost und West wird erneut zu einem unübersehbaren Politikum.

Für den Geschichtsunterricht und damit für das neue Geschichtsbild zeichnet sich eine massive Zuwendung zum Gebiet der früheren DDR ab. Diese Richtung wird sich zwangsläufig auch auf die deutschen Ostgebiete erstrecken. Ostpreußen, das Land, seine Städte, werden im Geschichtsunterricht unweigerlich dieselbe Bedeutung erhalten wie Krakau oder Thorn, Posen oder Bromberg, Breslau oder Kolberg. Und zwar keineswegs aus aktuellen Gründen, sondern weil sie zentral zu unserer und der europäischen Geschichte gehören.

Das Bundesverfassungsgericht hatte in seinem Grundvertragsurteil vom 31. Juli 1973 erklärt, daß trotz des Jahres 1945 und der Kapitulation der deutschen Wehrmacht das „Deutsche Reich“ fortbestehe; es sei lediglich zur Zeit handlungsunfähig. Auf dem Fortbestand des Deutschen Reiches baut auch das Bonner Grundgesetz auf. Die Siegeralliierten hatten dies anerkannt, da sie sich hinsichtlich der Rechte und Verantwortlichkeiten für „Deutschland als Ganzes“ als zuständig erklärten. Zusätzlich stellte das Bundesverfassungsgericht am 7. Juli

1975 fest, daß Polen und die Sowjetunion auch in den deutschen Ostgebieten nur die Verwaltungshoheit besäßen, nicht jedoch die „territoriale Souveränität“. Unser höchstes Gericht hat schließlich in seiner Entscheidung vom 21. Oktober 1987 nochmals bestätigt, daß das Deutsche Reich, der deutsche Gesamtstaat völkerrechtlich fortexistiert. Wir müssen die Rechtslage und die Frage der tatsächlichen Existenz des Deutschen Reiches zur Zeit nicht diskutieren. Für das neue Geschichtsbild ist etwas anderes wesentlicher. In der deutschen Geschichte hat das „Reich“ durch ein Jahrtausend die oberste Richtkategorie dargestellt. Das Reich war nicht nur ein Telos, sondern auch ein Faktum. Selbst Goethe stellte, da das Erste Reich schon zerfallen war, die Frage: „Wodurch ist Deutschland groß als durch eine bewunderungswürdige Volkskultur, die alle Teile des Reiches gleichmäßig durchdrungen hat?“

### **Das Reich als Sammelpunkt**

Immer stand die Reichsidee über ihren konkreten Ausformungen, über der Existenz des Reiches - ob es sich um das Heilige Römische Reich handelte oder jene Deutsche Nation, ob es seine Verstümmelung nach dem Westfälischen Frieden 1648 war, die sich dem Juristen Samuel von Pufendorf der staatsrechtlichen Formulierung entzog oder jenes politisch total ausgehöhlte Reich, das 1806 aufgelöst wurde: die Reichsidee war stets mehr als ihre materielle Form, nicht zuletzt deshalb, weil sie - im Fadenkreuz von Europas deutscher Mitte - das einzig sinnvolle Moment der Ordnung einschloß.

Deshalb schätzte, neben allen berechtigten und zu Unrecht ausgebeuteten Mythen, auch Bismarck in erster Linie die Gliederungsfunktion des Reiches: „In einem geordneten Gemeinwesen soll jede Person und jedes Bekenntnis das Maß der Freiheit genießen, welches mit der Freiheit der übrigen und der Sicherheit und Unabhängigkeit des Landes vereinbar ist. In dem Kampfe für diesen Grundsatz wird Gott das Deutsche Reich auch gegen solche Gegner schützen, welche seinem heiligen Namen einen Vorwand für ihre Feindschaft gegen unseren inneren Frieden entnehmen.“ Und als Achtzigjähriger, drei Jahre vor seinem Tod 1898, erinnerte er daran, daß es kein Leben ohne Kampf gebe. Deshalb sei er überzeugt, daß man in allen Kämpfen „immer einen Sammelpunkt haben muß, und das ist für uns das Reich“.

### **Neues Ordnungsprinzip als Fundament**

Zur Zeit ist Deutschland dabei, sich erneut als Staat und als europäische Mitte zu restituieren. Dieser Tatsache gegenüber rückt die Frage, wie es mit seinen Grenzen im Zeichen des zwingenden Völkerrechts steht, in den Hintergrund. Sie verliert an Bedeutung gegenüber dem Ordnungsprinzip, das sich in Deutschland ausdrücken wird - jenes Prinzip universalen, übernationalen Gliederung, das dem Alten Reich zugrunde lag und um das sich das neue Geschichtsbild zentrieren wird. Das bestimmende Prinzip darin drückt sich auch geographisch aus, denn wenn wir den territorialen Einflußbereich der Wirtschaft und der Kultur berücksichtigen, handelt es sich nicht nur um das kleindeutsche Reich Bismarcks, das zur Zeit - unabhängig von den Grenzziehungen und Grenzverträgen - eine Restitution erfährt, sondern um den Kern des alten Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation mit dem Schwerpunkt Wien, oder dem tragenden Pfeiler entlang der Linie Wien - Berlin.

Vor einigen Jahrzehnten umriß der Soziologe und Rechtshistoriker Eugen Rosenstock-Huessy die künftige Funktion Deutschlands, er präzierte: „Ganz Deutschland, aber nicht sich selbst überlassen, nicht autonom oder souverän, ganz Deutschland, aber nicht in Parteien aufgelöst, sondern als Reichskörper wirksam.“

Der österreichische General Heinrich Freiherr Jordis von Lohausen definierte vor knapp eineinhalb Jahrzehnten Deutschland politisch als „Heimat des übernationalen Reichsgedankens“ und konstatierte wenig später im gleichen Zusammenhang in einer seiner kühlen Analysen die „Unentbehrlichkeit eines Vierten Reiches“. Heute geht man kein allzu großes spekulatives Risiko ein, wenn man für die kommenden Jahre bis zur Jahrtausendwende feststellt, daß diese Unentbehrlichkeit sich inzwischen schon ausdrückt in einer „Unvermeidbarkeit des Vierten Reiches“. Diese Tatsache wird um so schwerer wiegen, als sie nicht von Gnaden der imperialen Vorstellungen aus dem neunzehnten Jahrhundert lebt.

Immer wieder hören Historiker das zweifelnde: Was läßt sich aus der Geschichte lernen? Eine Frage von gnadenloser Schlichtheit. Sie war von jeher falsch gestellt. Es geht nicht darum, was die Geschichte lehren kann und lehrt, sondern um das Problem, warum man nicht aus ihr lernt, nichts lernen kann oder lernen will. Was Nutzenwendungen betrifft, verhält es sich mit der Geschichte nicht anders als in jeder Sparte, in der es um unsere Lernbereitschaft und Lernfähigkeit geht.

Die Restitution Deutschlands gegen Ende unseres Jahrhunderts bedeutet auch die Restitution des historischen Europas auf Grund der modernsten Entwicklung. Die Neuordnung ist angewiesen auf die zentripetalen Kräfte Deutschlands inmitten des Kontinents. Welchen Namen man dieser Tatsache geben wird, ist belanglos, denn der Sache nach wird es sich um eine renovatio der Reichsidee handeln. Dies eben verklammert Deutschlands neues Geschichtsbild mit seiner aktuellen Lage. Wer fähig ist, die Wirkungen der früheren Ereignisse und Phänomene bis in seine Zeit zu verfolgen, der begreift sowohl ihren Sinn als auch denjenigen der heutigen Geschehnisse. Deshalb muß derjenige, der aus der Geschichte nichts lernen will, unweigerlich seiner Gegenwart das Lehrgeld bezahlen.

Niemand wird die katastrophalen Widersprüche in unserer Geschichte und diejenigen teutscher Eigenart bestreiten. Sie geben unserem Elend die Begründung, garantieren uns aber auch mehr Selbstbewußtsein als dasjenige, was andere Völker heute als ihre Größe rühmen oder ihre Gloire. Wir könnten es als Mut bezeichnen, als Mut, wir selbst zu sein, mit unserer Liebe zu unserem Volk, mit unserer Zuversicht und der Unbeirrbarkeit derjenigen, die das Heute besitzen, weil sie das Gestern trotz seiner Schatten nicht als Hypothek und Verurteilung des Künftigen ansehen.

So ist auch die Geschichte Deutschlands in unserer Gegenwart geprägt von Triumphen der Leistung und des Erfolgs, sie trägt aber auch das Kainsmal des Selbstzweifels und des fehlenden Sinns für gelassene Würde, sie ist verschattet von einem Übergewicht niedriger Instinkte und von weitverbreiteter Korruption. Auch wegen solcher Tatsachen kommt unserem Geschichtsbewußtsein und dem neuen Geschichtsbild eine so hohe Bedeutung zu. Mehr als vier Jahrzehnte haben wir uns dazu nötigen lassen, zu unserer Vergangenheit wie zu

einer Klagemauer zu pilgern. Wir haben in dieser Zeit allerdings auch gelernt, daß wir uns nur selbst betrügen, wenn wir uns mit Geschichtslügen und einem grotesk verzerrten Geschichtsbild hinters Licht führen lassen. Die Wiederherstellung Deutschlands erzwingt eine Korrektur dieses Bildes von Grund auf.

Damit wird eine der stabilsten Mauern fallen, die - ähnlich wie die Berliner Mauer - unser Inneres eingegrenzt hat und hinter der wir gefangen waren. Deshalb wird das neue Geschichtsbild vor allem dazu beitragen, daß wir in Zukunft nicht mehr die Grenzen zwischen Vergangenem und Unvergänglichem verwischen und nicht mehr das eine durch das andere entwerten lassen.

**Prof. Dr. Hellmut Diwald**, geb. 1924, gest. 1993. Historiker und Publizist. Habilitation und Lehre der Mittleren und Neueren Geschichte an der Friedrich-Alexander-Universität in Erlangen. Hauptwerk 1978 „Geschichte der Deutschen“.

(Foto: Hellmut Diwald)

